

Lukáš Novotný

Über die Geschichtsvergessenheit und Geschichtsbesessenheit in der tschechischen Öffentlichkeit

Vortrag
Samstag, 29. 11. 2003, Otzenhausen

Zahlreiche deutsch-tschechische Begegnungen, Seminare, Symposien, die die Qualität der politischen Beziehungen thematisieren, befassen sich mit der jeweils aktuellen Entwicklung in der Frage der sog. *Beneš-Dekrete* (ich halte mich hier absichtlich an diese unkorrekte Bezeichnung, die im medialen sowie politischen Diskurs üblich geworden ist). Das Thema aus der Tagung wegzulassen kann man einfach nicht, weil es immer wieder durch Aussagen tschechischer sowie deutscher Politiker aktualisiert wird. In der letzten Zeit erinnern wir uns zum Beispiel an die Wahlkampagne in der Tschechischen Republik im Jahre 2002, die stark auf die Wahrung der sog. nationalen Interessen hin orientiert war, zu denen – diesen Eindruck konnte man mindestens aus den öffentlichen Diskussionen gewinnen - auch die Dekrete gehören. Oder auf die Diskussion im deutschen Bundesrat, wo sich bei der Ratifizierung der Aufnahme Tschechiens die Regierungsopposition der CDU/CSU auf den Beschluss des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1999 berufen hat, in dem empfohlen wurde, die Beneš-Dekrete als etwas Diskriminierendes aufzuheben. Oder denken wir an die Initiative Liechtensteins, den Beitritt Tschechiens zum freien Europäischen Wirtschaftsraum zu blockieren mit Verweis auf die offenen Restitutionsfragen des Liechtenstein-Adelsgeschlechts.

Ich halte es für sehr wichtig, am Anfang die relevanten historischen Zusammenhänge der neuesten Geschichte zwischen Deutschen und Tschechen zu skizzieren. Im zweiten Teil werden wir uns mit der politischen sowie medialen und öffentlichen Rezeption des Themas bekanntmachen und die relevanten Daten aus den Meinungsumfragen vorstellen.

Historische Darstellung

Ich möchte hier keinesfalls einen umfassenden historischen Überblick bieten, eines kurzen historischen Exkurses bezüglich der Beneš-Dekrete bedarf es jedoch vor allem deshalb, weil man verfolgen kann, wie die tschechische Gesellschaft in ihrer überwiegend negativistischen Haltung oft gar nicht mehr weiß, was die Funktion und der Inhalt dieser *Präsidialdekrete* war.

Unter den Begriff *Präsidialdekrete* fallen sowohl die legislativen Akte der tschechoslowakischen Exilregierung in London von Oktober 1940 bis April 1945 als auch die Gesetzgebung der in die befreite Tschechoslowakei zurückgekehrten tschechoslowakischen Regierung in der unmittelbaren Nachkriegszeit von April 1945 bis 28. Oktober 1945.

Durch die Dekrete konnte eine gewisse rechtliche Kontinuität mit der Vor-München-Tschechoslowakei eingehalten werden. Ihr Inhalt wurde zum Teil bereits schon an einzelnen Exilministerien in London besprochen. Die ersten entstanden noch im Laufe des 2. Weltkriegs – sogar schon 1940 - und wurden von der von den Großmächten anerkannten Exilregierung

dem Staatspräsidenten Edvard Beneš vorgelegt. Insgesamt gab es 142 Dekrete, davon verabschiedet 44 noch im Exil und 98 in der befreiten Tschechoslowakei.

Das thematische Spektrum der einzelnen Dekrete ist sehr breit. Zum Beispiel finden wir welche über die Einführung der mitteleuropäischen Zeit oder über die Aufhebung des Schulgeldes an den staatlichen Schulen. Aber auch Verstaatlichungsdekrete, die eigentlich den Weg zum Sozialismus vorbereiteten. Uns interessieren hier vor allem jene (oft wird in diesem Zusammenhang besonders in der sudetendeutschen Publizistik über *Vertreibungsdekrete* gesprochen), durch die die Sudetendeutschen enteignet worden sind und die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben.

Insgesamt verlief diese Vertreibung der Sudetendeutschen in folgenden Phasen:

1. *Flucht aus den vom Krieg bedrohten Gebieten*
2. *Flucht vor der Front und aus Angst vor Verfolgungen*
3. *wilde Vertreibung*

Bei den *wilden Vertreibungen* in den ersten Monaten nach der Kapitulation kam es zu brutalen Ausschreitungen, zu „Selbstjustiz“, grausamen Exekutionen und Gewalttaten (wie in Ústí nad Labem/Aussig und Brno/Brünn), gefördert durch Hetzreden von Politikern, durchgeführt oft von den sog. Revolutionären Garden, die sich - ganz im Sinne des nationalen Radikalismus mit starkem antideutschen Akzent, der praktisch alle Schichten der tschechoslowakischen Gesellschaft erfasste - der „Rache“ an den Deutschen für den Krieg verschrieben. Nicht eingehalten wurden die vom Innen- und Verteidigungsministerium festgelegten minimalen Bedingungen für die Behandlung der Deutschen. Beschränkungen für Deutsche gab es im öffentlichen Leben, zum Beispiel bei der Zuteilung von Lebensmitteln.

4. *Organisierter Transfer (Herbst 1945 – Frühling 1947; offiziell beendet im Oktober 1946)*

Die Ausweisung der Sudetendeutschen wurde zwar im Potsdamer Abkommen verankert, man hat allerdings nicht genau bestimmt, wie der Transfer verlaufen soll. Und gerade die Art, in der die sog. deutsche Frage in der Tschechoslowakei nach 1945 gelöst wurde, stellt zweifelsohne einen der schmerzhaften Punkte in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Tschechen dar. Sicher ist aber eins: Keines der Dekrete regelte explizit die Vertreibung der Deutschen, sie stellten aber die rechtliche Grundlage dafür. Besonders die sog. wilde Vertreibung in den ersten Monaten, als auch viele Sudetendeutsche ums Leben kamen, bleibt ein empfindliches Thema, ein negatives Zeichen, wie *Emotionalität* und *kollektives Gedächtnis* das Handeln beeinflussen können.

Auch wenn alle Dekrete vom Staatspräsidenten Edvard Beneš unterzeichnet worden sind, wurden sie nachträglich von der vorübergehend existierenden Nationalversammlung verabschiedet und wurden somit in das tschechoslowakische, resp. tschechische Rechtssystem als Gesetze – keine Dekrete mehr - eingegliedert.

Bis zum Jahre 1989 war die Vertreibung eine tabuisierte Thematik, wobei die Stärke dieses Tabu-Verbots darin bestand, dass sie einherging mit Ängsten vor einer deutschen Revanche. Diese Befürchtungen konnte das Regime bei den Menschen erhalten, ja sogar vergrößern (PITHART/PŘÍHODA 1999: 22). Wir dürfen hier sogar von einem *privilegiert-tabuisierten Bereich* sprechen, der auch nach der Wende sofort von den extremistischen Parteien in Tschechien – und zwar links wie rechts - instrumentalisiert worden ist und bis heute mehrmals auch die *politische Mitte* (bzw. den Extremismus der Mitte) beeinflusste. Bereits in der kommunistischen Ära beschäftigten sich vereinzelt mit dem Thema der Vertreibung und den Dekreten die Exulanten (Zeitschriften Obzory-Pavel Tigríd, Dnešek-Ferdinand Peroutka) und die Dissidenten, die darüber in ihren Publikationen zahlreiche Diskussionen führten. Weniger bekannt sind ihre Begegnungen mit Vertretern der

sudetendeutschen Verbände (vgl. etwa die *Frankener Erklärung* von 1972). Nach der politischen Wende öffnete Václav Havel, damals noch nicht als Staatspräsident, das Thema mit einer öffentlichen Entschuldigung für die Vertreibung, die er noch 1995 in seiner politischen Rede im Prager Klementinum wiederholte. Es entwickelte sich die mediale Diskussion und die Öffentlichkeit konnte durch die Presse mit den Forderungen der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* konfrontiert werden. Beidseitige *Gesten des Bedauerns* bedeuteten zwei bilaterale Dokumente zwischen Deutschen und Tschechen, der *Deutsch-tschechische Nachbarschaftsvertrag* aus dem Jahre 1992 und die in den Untersuchungen des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik als nützlich bezeichnete *Deutsch-tschechische Erklärung* aus dem Jahre 1997. Diese zwei Verlautbarungen sind auch deshalb wichtig, weil sie das Thema der heute 39.000 Angehörigen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik thematisieren. Konzentrieren wir uns nun auf zwei größere Bereiche, zum einen auf die Impulse aus der Politik, zum anderen auf die mediale und öffentliche Perzeption in der tschechischen Öffentlichkeit.

Politische Entwicklung

Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien sind immer besser. Bei seinem letzten Besuch Prags im September 2003 meinte der Bundeskanzler Schröder, sie seien sogar die „besten in der ganzen Geschichte“. Welche Rolle dabei die Beneš-Dekrete spielen, war während seines Besuchs kaum zu spüren. Keine bedeutende mehr, sie wurden gar nicht mehr angesprochen, nur in den Zeitungsinterviews konnte man darüber Höflichkeitsformeln lesen (MF Dnes, Passauer Neue Presse). Zur Frage der Beneš-Dekrete nahm Schröder in der Passauer Neuen Presse wie folgt Stellung: „*Die Vertreibung der Deutschen aus Polen war sozusagen die direkte Folge des Kriegs, ohne dass es dazu einige Rechtsakte gab, während die Beneš-Dekrete natürlich zu tun haben mit dem deutschen Überfall auf die damalige Tschechoslowakei und reagieren darauf.*“ (Rückübersetzung aus dem Tschechischen) Schröder machte auch darauf aufmerksam, dass diese Dekrete zugleich eine rechtliche Grundlage nicht nur für die Vertreibung, sondern auch für die Eigentumsansprüche darstellen und deshalb führte das wiederum zu Meinungsverschiedenheiten.

Hier tritt sichtbar ein politisches Problem hervor. Die Unterzeichnung der *Deutsch-tschechischen Erklärung* von 1997 sollte die Diskussion über die Geschichte der Nachbarschaft zwischen Deutschen und Tschechen wenn nicht starten (auch in der Zeit vor 1997 gab es auf der halboffiziellen Ebene viele Seminare und Diskussionsforen), so doch mindestens institutionalisieren und unterstützen. Gegründet wurden in Prag der *Deutsch-tschechische Zukunftsfonds* und das *Deutsch-tschechische Gesprächsforum*. Das alles war gedacht als Grundlage für den weiteren Dialog zwischen Deutschen und Tschechen. Die Zeit nach der Unterzeichnung der Erklärung war aber als Verfestigung der Positionen beider Seiten gekennzeichnet. Sollte die Erklärung die Startlinie für den Dialog zwischen Deutschen und Tschechen sein, so bildet sie heute eigentlich das Ergebnis der Diskussionen aus der ersten Hälfte der 90er Jahre. Auf diese Erklärung beruft man sich noch heute oft und gerne. Erinnert sei hier unter anderem an politische Äußerungen vom tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus oder dem Ministerpräsidenten Vladimír Špidla wie auch an den Bundeskanzler Gerhard Schröder oder den Außenminister Joschka Fischer.

Nach dieser kurzen Einführung erlauben wir uns jetzt einen kurzen Rückblick, um festzustellen, welche ausländische und innenpolitische Impulse in der jüngsten Zeit die Diskussion über die Beneš-Dekrete in der tschechischen Gesellschaft beeinflusst haben.

Betrachten wir dabei auch das eigentliche Thema dieses Beitrags, und zwar die Frage der Rezeption von Geschichte in der tschechischen Öffentlichkeit.

Impulse aus dem Ausland

Die Tschechische Republik ist wegen der Existenz der Beneš-Dekrete in Europa bekannt als Land, das Probleme hat. Auch wenn sich die Bundesregierung zu diesem Thema bis jetzt eher zurückhaltend äußert, hört man aus Deutschland kritische Stimmen, konkret aus Bayern, und zwar vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, dem Schirmherrn der Sudetendeutschen, wie auch von der *Sudetendeutschen Landsmannschaft*. Ihr Vorsitzender, der Europaparlamentarier Bernd Posselt, kümmert sich um die Präsenz des Themas auf europäischer Ebene. Was das EU-Parlament betrifft: Im Jahre 1999 wurde dort beschlossen, der Tschechischen Republik die Aufhebung der Beneš-Dekrete zu empfehlen. Diese Tatsache aktualisierte im Juni 2003 auch die zweite Kammer des deutschen Parlaments, der Bundesrat, in dem die CDU/CSU die Mehrheit hat. Er verabschiedete im Ratifizierungsprozess des Abkommens über die Erweiterung der EU einen Nachtrag mit Verweis auf den Beschluss des EU-Parlaments von 1999. Kurz zuvor haben sogar einige EU-Parlamentarier der CSU gegen die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU gestimmt. Das EU-Parlament ließ sich außerdem ein Rechtsgutachten von drei Juristen (unter ihnen der Völkerrechts-Professor Jochen Frowein von Max-Planck-Institut) ausarbeiten, demzufolge die Beneš-Dekrete kein Hindernis für die Aufnahme der Tschechischen Republik in die europäische Wertegemeinschaft seien. Dagegen stand ein anderes Gutachten, und zwar vom Völkerrechtsexperten Dieter Blumenwitz (im Auftrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft), dem zufolge die Behandlung der Sudetendeutschen den Tatbestand des Völkermords erfüllt und nicht verjähren kann.

Auch unter den Wissegrad-Ländern blieb das Thema nicht unreflektiert. Im Jahr 2002 forderte der ungarische Ministerpräsident Viktor Urban im Europäischen Parlament die Aufhebung der Beneš-Dekrete, was auch zur Verschärfung der diplomatischen Streitigkeiten zwischen Ungarn und Tschechien und schließlich zum Widerruf einer Wissegrad-Sitzung führte. Nicht zu vergessen sind diplomatische Initiativen Österreichs. Im Jahr 2001 erhielt dann in Augsburg der österreichische Ministerpräsident, Wolfgang Schüssel, den prestigigen Europäischen Karl-Preis der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Von den letzten ausländischen Einflüssen auf das Thema sind die Anklagen der adeligen Geschlechter zu erwähnen. Das bekannteste Beispiel ist hier der Graf Kinsky, aber auch die Adelsfamilien Schaumberg-Lippe, Colorado Mannsfeld und neulich Liechtenstein sind zu erwähnen, die ebenfalls die Existenz der Beneš-Dekrete in Frage stellen. Am Beispiel des Grafen Kinsky bezweifelt die Anklage sogar nicht einmal die Beneš-Dekrete und ihre Gültigkeit (dieses würde die Position Kinskys wesentlich schwächen), sondern „nur“ ihre falsche Anwendung auf den bereits seit 1939 toten Vater von Kinsky, dem NS-Kollaboranten, der dafür – auch nach seinem Tod - enteignet worden war.

Hier beobachtet man, welchen mobilisierenden Charakter die Dekrete doch haben können. Spitzenvertreter der tschechischen Politik trafen sich beim tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus, um über Kinskys Klagen zu sprechen und überzeugten sich noch einmal gegenseitig davon, dass die Position des Staates unverändert bleibt.

Und für die letzte Aktualisierung des Themas sorgten vor einigen Wochen die Staatspräsidenten Alexander Kwasniewski und Johannes Rau, die eine gemeinsame Erklärung veröffentlichten und die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei verurteilten.

Innenpolitische Situation

Es gibt nur wenige Themen, die wirklich alle im tschechischen Parlament vertretenen politischen Parteien vereinigen können. Das ist nichts Unmögliches, zum Beispiel in der Frage: *Machte sich Edvard Beneš verdient um den Staat?* Wo im Hintergrund vor allem die Ausweisung der Sudetendeutschen steht, herrscht Einheit. So entstand eine „Festung Beneš“ (LN 09.07. 2003), als von allen Parteien, auch von den Kommunisten, die selber 40 Jahre gegen Beneš und die Tradition der Ersten Tschechoslowakischen Republik kämpften, Einigkeit und somit Stärke demonstriert wurden. In der aktuellen tschechischen Politik ist die Rolle der Beneš-Dekrete unantastbar. Tschechische Politiker setzen hier gerne auf die nationale Karte, weil sie wissen, dadurch Punkte bei den Wählern zu gewinnen. Und deshalb darf es nicht verwundern, dass auch die letzte tschechische Wahlkampagne im Jahre 2002 diesen demagogischen Akzent hatte. Sogar kurz nach der politischen Wende im Jahre 1989 agierten die extremistischen Parteien im Grenzgebiet auf dieser Basis (Argumentation mit der Rückkehr der Sudetendeutschen und der Eigentumsrückgabe an sie usw.) und verursachten Angst und Unsicherheit. Um Angst und Unsicherheit zu bekämpfen, braucht es im tschechischen politischen System „klare und scharfe Worte“. Der von Miloš Zeman in 2002 gezogene Vergleich zwischen Sudetendeutschen und Palästinensern und noch früher die Rede über die „fünfte Kolonne“ waren sicher übertrieben. Kanzler Gerhard Schröder sagte sogar seinen geplanten Prager Besuch ab. Zeman entschuldigte sich zwar dafür, aber erst, als kritische Reaktionen aus dem Ausland kamen. In der tschechischen Gesellschaft fände man viele, die seine Meinung teilen würden. Auch wenn dafür keine empirische Studie vorliegt, kann man davon ausgehen, dass es die Mehrheit der Tschechen sein könnte. Vorher freilich formulierte Zeman die Meinung der tschechischen Seite, wonach die Dekrete *erloschen* (extinct) seien.

Bei der neuesten Diskussion über den Beitritt zur EU unterbreiteten die Parlamentarier der rechtsliberalen ODS (Bürgerlich-demokratische Partei) einen Vorschlag, dass die *Gültigkeit der Beneš-Dekrete im Beitrittsabkommen* enthalten sein soll. Für den Vorschlag wurde keine Mehrheit gefunden. Man hat wahrscheinlich gefürchtet, weitere Diskussionen auf der europäischen Ebene zu starten.

Und noch ein politisches Ereignis stellt die Gültigkeit der Beneš-Dekrete in Frage: die beabsichtigte finanzielle Wiedergutmachung an einigen wenigen Angehörigen der deutschen Minderheit. Die Verbände der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik wie auch in der Slowakei plädieren für die Aufhebung der Beneš-Dekrete. Allerdings beobachtet man in dieser Frage eine Wandlung. Von den zwei Verbänden der Deutschen in Tschechien, dem *Kulturverband der Bürger der Tschechischen Republik deutscher Nationalität* und der *Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien*, bemühte sich bis jetzt eigentlich nur die 5.500 Mitglieder aufweisende Landesversammlung um Verhandlungen über die Aufhebung der Dekrete. Gerade diese Forderung behinderte aber die Diskussion über die mögliche finanzielle Wiedergutmachung an einigen durch die nach dem Kriege Diskriminierung besonders betroffenen Deutschen. Deshalb beschloss die Landesversammlung, diese Forderung aufzugeben. Somit konnte man in die gegenwärtige Diskussion über die kleine Entschädigung einsteigen. Umstritten bleibt weiterhin für die tschechischen Deutschen sowie auch für die Vertriebenen vor allem die gleich nach der Wende bestimmte Grenze für Restititionen – 28. Februar 1948 –, weil zu dieser Zeit schon alle Deutschen enteignet waren.

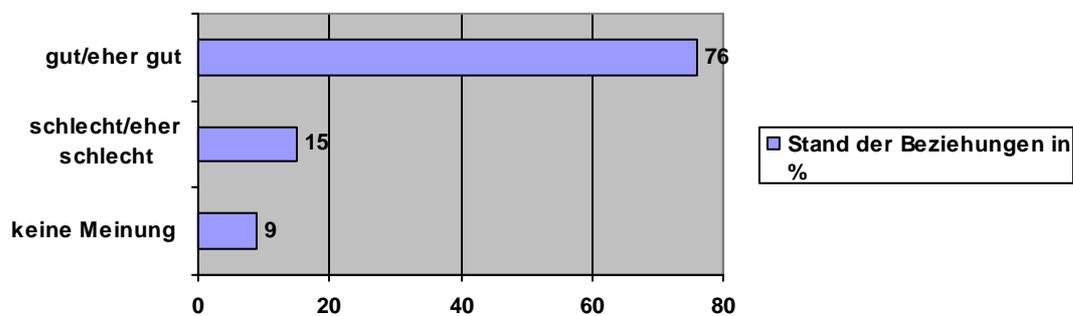
Öffentliche Meinung

Die Untersuchung der öffentlichen Meinung ermöglicht uns, Trends in der Gesellschaft zu bestimmen und analysieren. Es fanden gleich mehrere Meinungsumfragen zu den deutsch-tschechischen Beziehungen statt, wobei auch Fragen der Vergangenheit (also der Kriegs- und Nachkriegszeit) behandelt wurden. Wir konzentrieren uns im Folgenden zwar auf die jüngsten Befragungen aus den Jahren 2001 und 2002, werfen den Blick aber auch auf ältere quantitative Studien (unter anderem auch im tschechischen Grenzgebiet), an denen wir die langfristigen Tendenzen dokumentieren können.

Stand der Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien

Drei Viertel der Befragten (76%) bewerten den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen als gut, 15% behaupten, sie seien schlecht. Das geht aus der Meinungsumfrage von 2001 hervor. Für die gute Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen sprechen sich meistens die Bewohner von Böhmen, Personen mit hohem Bildungsgrad aus, negative Stimmen kommen meistens von den Bürgern aus Südmähren (eine Rolle spielt hier also die geographische Distanz zu den ehemaligen sog. „Sudetengebieten“) und von Personen mit Grundschulausbildung oder ohne Abitur. Gute Beziehungen deklarierten mit 86% die Wähler der US (Freiheitsunion) und der KDU-ČSL (Christlich-demokratische Partei-Tschechische Volkspartei), am negativsten waren die Wähler der Kommunisten mit 56%.

Graf 1: Die Bewertung des gegenwärtigen Stands der deutsch-tschechischen Beziehungen



Die deutsch-tschechischen Beziehungen verbessern sich laut der durchgeführten Erforschungen ständig. Den kurzfristigen Rückgang im Jahre 1996 verursachte die heftige politische sowie auch mediale Diskussion über den Text der Deutsch-tschechischen Erklärung, sonst sieht man eine langfristig wachsende Tendenz der Verbesserung.

Beneš-Dekrete und tschechische Öffentlichkeit

Die deutsch-tschechischen Beziehungen beeinflussen in einem hohen Maße die Fragen der Vergangenheit. Konzentrieren wir uns nun auf die Rezeption der Frage der Aufhebung oder Nichtaufhebung der Beneš-Dekrete und auf die gesellschaftlichen Wandlungen bei diesem Thema.

Auch wenn die Vertreibung sowie die Beneš-Dekrete erst nach der politischen Wende im Jahre 1989 offen diskutiert wurden, sind auch einige wenige Aktivitäten vor dieser Zeit nicht zu übersehen. Erwähnt wurden hier schon die Polemiken in Exulanten- und Dissidentenzeitschriften. Mitte der 80er Jahre fand eine Umfrage im Dissens statt, wonach 15% der Befragten der Vertreibung zustimmten, 42% waren der Ansicht, die Vertreibung war Unrecht und 40% konnten ihre Meinung nicht äußern.

Die jüngste Befragung durch das Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung aus dem Jahre 2001 brachte folgende Ergebnisse.

Tab. 1: Die Beneš-Dekrete nach der Umfrage von 2001

... sollten weiter gelten	50%
... die Gültigkeit von einigen sollte überprüft werden	17%
... die Gültigkeit von allen sollte überprüft werden	7%
... keine Meinung	26%

Genau die Hälfte der Informanten vertritt die Meinung, die Beneš-Dekrete sollten auch in der Zukunft gelten. Die Unantastbarkeit der Präsidialdekrete deklarieren meistens Bürger über 45 Jahre, vorwiegend Männer. Der Bildungsgrad spielt hier keine größere Rolle. In diese Gruppe gehören sowohl Absolventen der Hochschulen als auch Bürger mit niedrigerem Bildungsgrad. Meistens handelt es sich hier allerdings um Rentner und Wähler der Kommunisten. Eine Diskussion über die Aufhebung der Dekrete lassen meistens Personen mit Abitur, guten Lebensstandard und auffallend in (Nord-)Mähren zu. Eine umfassende Umfrage fand auch 2002 statt (TNS-Factum). Demnach war die Zahl der Dekret-Befürworter auf 57% gestiegen.

Tab. 2: Die Meinungsentwicklung in der Frage der Beneš-Dekrete (1994, 1999 und 2001) (in %)

	April 1994	Sept. 1999	Febr. 2001
... sie sollten weiter gelten	57	49	50
... die Gültigkeit von einigen sollte überprüft werden	9	15	17
... die Gültigkeit von allen sollte überprüft werden	7	9	7
... keine Meinung	27	27	26

Die Haltung der tschechischen Öffentlichkeit bleibt in dieser Frage konstant und weist keine bedeutenden Wandlungen auf. Wenn leichte Differenzen auftauchen, dann sind kritischer Art. Man fordert höchstens, die Gültigkeit von einigen Dekreten zu überprüfen.

Die Haltung der Tschechen zur Vertreibung

In diesem Bereich gibt es häufig empirische Erkenntnisse über die Meinungen der Tschechen. Einerseits werden hier die standardmäßigen quantitativen Befragungen durchgeführt, andererseits analysiert man auch die Situation der Bewohner jener Grenzgebiete, in denen das autochthone deutsche Ethnikum bis zur Aussiedlung in hoher Konzentration gelebt hat.

Die historische Debatte über die Rechtfertigung der Vertreibung als der „einzigen Möglichkeit“ der Auseinandersetzung mit Deutschen und Tschechen nach dem Krieg in einem Staat wurde ebenfalls Thema von Bevölkerungsumfragen.

Tab. 3: Ansichten über die Vertreibung der Sudetendeutschen

	Juli 1995	Febr. 2001
... gerechtfertigt	52%	47%
... ungerecht, es ist wichtig, sich dafür zu entschuldigen	3%	6%
... ungerecht, es ist wichtig sich dafür zu entschuldigen und die Betroffenen zu entschädigen und ihnen das Eigentum zurückzugeben	1%	2%
... ungerecht, aber wichtig ist einen dicken Schlussstrich zu ziehen	24%	23%
... keine Meinung	12%	11%
... kein Interesse	18%	11%

Wie aus der Tabelle hervorgeht, findet fast die Hälfte der Informanten die Vertreibung (in der Fragestellung stand *odsun* also Abschub) als gerecht (47%), dagegen halten sie 31% für ungerecht. Die Auffassung, die Vertreibung war gerecht, vertreten häufiger vor allem Bürger über 45 Jahre und Rentner und mit schlechtem Lebensstandard. Da das Thema in Böhmen aktueller ist, findet man hier auch mehr kritische Stimmen. Allgemein offener gegenüber der Diskussion über die Vertreibung der Sudetendeutschen sind Hochschulabsolventen und Personen mit gutem Lebensstandard. Das mittlere Alter von 30 bis 44 Jahren möchte dagegen mehrheitlich den „Schlussstrich“ ziehen. Bei denjenigen, die für Entschuldigung und Eigentumsrückgabe wären, kann man auf Grund einer sehr niedrigen Zahl die soziodemografischen Gruppen nicht genau präzisieren.

Die Situation im tschechischen Grenzgebiet erforscht systematisch praktisch seit der politischen Wende das Soziologische Institut der Akademie der Wissenschaften. Die Haltung der Tschechen gegenüber Deutschland und Vertreibung wurde Ziel mehrerer wissenschaftlichen Projekte und Erforschungen der interethnischen Beziehungen.

Tab. 4: Meinungen zur Vertreibung (Abschub) im Grenzgebiet (in%)

	1991	1994	1996
Sie war gerechtfertigt, weil die Sudetendeutschen die Republik zerschlagen haben	27,0%	28,1%	30,3%
Sie war gerechtfertigt, doch habe ich bezüglich der Art und Weise des Abschubs meine Bedenken	39,5%	37,0%	42,8%
Sie war ungerecht, doch die Großmächte haben so entschieden	6,2%	10,8%	10,1%
Sie war ungerecht	6,4%	4,7%	2,3%
Sie war ungerecht und grausam	3,2%	2,9%	2,6%
Ich weiß nicht, keine Meinung	14,0%	12,6%	7,9%
Andere Meinungen	3,7%	3,9%	4,1%

HOUŽVIČKA 1997: 13

Auch die spätere Meinungsumfrage bestätigt die Tendenz, wonach die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung den *Abschub* (ich halte mich an diese im tschechischen Diskurs und auch in der Umfrage verwendeten Bezeichnung) für gerechtfertigt hält (28,6% im Jahre 1998-99, 35% haben aber zur Art und Weise des Abschubs Bedenken). Etwa ein Fünftel der Befragten bezeichnet die Vertreibung zwar als ungerecht, aber unter Hinweis, dass die

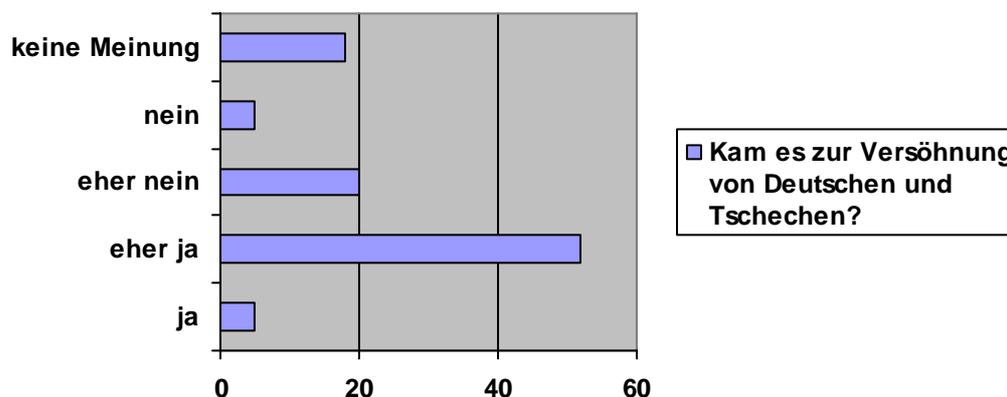
Großmächte so entschieden haben (HOUŽVIČKA 2000: 149). Als gerechtfertigt betrachten den Transfer ältere Leute und Wähler der KSCĚ. Mehr kritisch dem Abschub gegenüber sind Studenten oder Absolventen der Hochschulen. Allgemein kann man verfolgen, dass gerade unter den Studierenden und Hochschulabsolventen eine mehr kritische Haltung zur Vertreibung vorhanden ist. Das bestätigen auch studentische Initiativen und ihre Zusammenarbeit mit den (sudeten-)deutschen Jugendverbänden.

Abschließend zu diesem Themenbereich kann man fragen, inwieweit die Vertreibung der „letzten Opfer Hitlers“ eine „offene Wunde“ für die Tschechen darstellt. Bei der Mehrheit der Bevölkerung herrscht nämlich die Meinung, das Zusammenleben dieser zwei Ethnien war nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs nicht mehr möglich. Als Rechtfertigung gilt hier meistens, das sei die Meinung der Siegermächte gewesen, was sicherlich eine einseitige und nicht ganz korrekte Konstruktion darstellt.

Deutsch-tschechische Versöhnung

Langfristig behauptet die Mehrheit von 57%, die Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen sei schon vollendet, ein Viertel der Befragten meint das Gegenteil. Ein Fünftel wusste die Frage nicht beantworten. Gegen die Versöhnung sind Wähler der Kommunisten und Personen über 60 Jahre. Bei ihnen ist die historische Erfahrung mit den Deutschen besonders tief, während die junge Generation mehrheitlich für die Versöhnung plädiert.

Graf 2: Versöhnung der Tschechen und Deutschen (2001) (in%)



Tab. 5: Faktoren der Versöhnung im Jahre 2001 (in%)

... historische Belastung der gegenseitigen Beziehungen	25%
... die Sudetendeutschen	20%
... die Überordnung Deutschlands	20%
... mangelndes Entgegenkommen von beiden Seiten	13%
... der Schadenausgleich aus dem Krieg	12%
... die Beneš-Dekrete	3%
... andere Antwort	7%

Aus dieser Tabelle kann man zwar ersehen, welche Rolle die Beneš-Dekrete in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion über die deutsch-tschechischen Beziehungen einnehmen, diese Angabe ließe sich aber auf Grund gründlicher Recherchen in den

tschechischen Zeitungen bestreiten. Die eigentliche Rolle der Dekrete bei den Tschechen ist um ein Vielfaches größer. Aber man konzentriert sich halt lieber auf „sein eigenes Unglück“ und auf die gegenwärtige Beurteilung Deutschlands, was aus der Tabelle auch hervorgeht.

Die sog. Beneš-Dekrete spielten bislang bei den Beitrittsverhandlungen keine Rolle. Auch wenn in fast allen unseren Nachbarländern deshalb eine gewisse Unruhe herrscht, gelang es bis jetzt der tschechischen Diplomatie, alle kritischen Momente zu überstehen. Edvard Beneš nimmt bei den Tschechen nämlich in der Beliebtheitsskala der Politiker einen der vorderen Plätze ein und repräsentiert die wirtschaftlich erfolgreiche Erste Tschechoslowakische Republik (HAVEL 2002; NZZ 19.04. 2002). Jedoch gilt ebenfalls: Die nach ihm benannten und umschrittenen Dekrete und ihre Position wurden zwar in der tschechischen Gesellschaft durch die bisherige Entwicklung gefestigt und von einigen Politikern zu einem nahezu nationalen Identitätsmerkmal stilisiert, als *ingroup*-Zeichen, man findet aber auch einzelne Initiativen, die die Legitimität der Dekrete in Frage stellen. Die Abgrenzung gegenüber den Sudetendeutschen wird hier sichtbar und steht in Opposition zur Haltung der Tschechen zu Deutschland. Während nämlich die Bundesrepublik als Land in den Augen der Tschechen überwiegend (70%) positiv rezipiert wird, lehnt ungefähr der gleiche Anteil der Tschechen die Politik der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* ab. Mehr als die Hälfte aller Tschechen ist dabei der Auffassung, das Problem der Sudetendeutschen sei durch Havels Entschuldigungen gelöst worden (55%).

Ausblick

Die Diskussion zwischen Deutschen und Tschechen über den Krieg, die Vertreibung wie auch die Beneš-Dekrete wird gekennzeichnet durch einen hohen Grad an Emotionalität, die vor allem von der Konzentration auf das eigene Unglück gestärkt wird. Die Deutsch-tschechische Historikerkommission beschäftigte sich im Frühjahr 2002 sogar mit der Einengung der deutsch-tschechischen Beziehungen auf die Beneš-Dekrete und veröffentlichte dazu eine Erklärung mit dem Titel „Historische Kommission gegen Verkürzung der deutsch-tschechischen Beziehungen auf Beneš-Dekrete“. Fassen wir die Situation zusammen: Bei unseren Nachbarländern spielt die Frage der Vertreibung sowie der Beneš-Dekrete zwar eine Rolle in der Politik, bis jetzt wurden allerdings keine Schritte unternommen, die die diplomatischen Beziehungen zwischen dem jeweiligen Land und Tschechien schwächen würden. Das wirft die Frage auf, inwieweit die Vergangenheitspolitik die Gegenwart beeinflussen kann und soll. Die Diskussion über das Zentrum gegen Vertreibung gibt uns ein Beispiel, dass dieser Einfluss in der Politik nicht zu unterschätzen ist. Ich erwähne hier die überwiegend negative Haltung der Tschechen gegenüber einem solchen Zentrum (durch die viel Sympathie bei den Wählern gewonnen wird) oder die aktuelle stark medialisierte Debatte zwischen Polen und Deutschland.

Die politische Situation in der Frage der Vertreibung der Deutschen stabilisierte sich durch die Deutsch-tschechische Erklärung. Weiterhin besteht die Auffassung, mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft solle die tschechische offizielle politische Seite nicht verhandeln. Unterstützt wird vereinzelt die sog. halboffizielle Ebene, d.h die Veranstaltung von Symposien und Seminaren, die zur Begegnung und somit zum besseren Kennenlernen dienen sollen. An solchen Veranstaltungen nehmen oft tschechische wie auch deutsche Politiker teil.

Die offizielle Linie der Interpretation der Vertreibung wurde in zwei Publikationen des Kultur- (BENEŠ/KURAL 2002) und Schulministeriums (BENEŠ 2002) veröffentlicht, die unter anderem als Hilfe für den Geschichtsunterricht gedacht sind.

Wandlungen in der tschechischen Öffentlichkeit in der Frage der Beneš-Dekrete wie auch der Vertreibung führen auf der anderen Seite zur Meinungsunifikation und somit zur Verfestigung der überwiegend negativistischen Ansichten. Die Differenzen beobachtet man bei der Betrachtung der Altersgruppen in Tschechien. Überwiegend kann man sagen (das gilt auch für Deutschland), dass die junge Generation an der Problematik der Vergangenheit nicht interessiert ist. Aber andererseits lässt sich am tschechischen Beispiel sehen, dass immer mehr und mehr studentische Initiativen entstehen, die die Fragen der Sudetendeutschen offen und vorurteilsfrei thematisieren. Auch junge Wissenschaftler zeigen ein wachsendes Interesse an diesen Fragen, was die Zahl der Magister- und Doktorarbeiten zu Vergangenheitsdiskursen bestätigt.

Abschließend zu meinem Beitrag möchte ich Richard von Weizsäcker zitieren, der im Fluter, dem Informationsblatt der Bundeszentrale für politische Bildung über die Tschechische Republik Folgendes schrieb:

„Über die Beneš-Dekrete werden wir uns nicht explizit einigen können. Bei den Beitrittsverhandlungen hat man sich vollkommen notwendiger- und vernünftigerweise darauf verständigt, dass es einen Zwist in der Bewertung dieser Schritte in der Vergangenheit gibt, den man erkennt und nicht zum Gegenstand der Verhandlungen zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union macht. Selbstverständlich darf und muss man sagen, dass es ein Unrecht ist, was mit den Vertriebenen geschehen ist. Aber das ist doch alles vollkommen anders als die Forderung, dass die Tschechen nur beitreten dürfen, wenn die Beneš-Dekrete formell aufgehoben werden. Das ist gegen das eigene Interesse, gegen das Interesse der jungen Generation in Deutschland und Tschechien, so etwas zu vertreten. Es geht jetzt nicht um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft.“ (Richard von Weizsäcker)
(Fluter, 7, Juli 2003)

Literaturverzeichnis

- BENEŠ, Zdeněk u.a. (2002): Téma: Odsun-Vertreibung. Transfer Němců z Československa 1945-1947. Informační materiál pro učitele k výuce na základních a středních školách [Thema: Odsun-Vertreibung. Der Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1947. Informationsmaterial für die Lehrer zum Unterricht an Grund- und Mittelschulen]. Praha
- BENEŠ, Zdeněk/KURAL, Václav (Hg.) (2002): Geschichte verstehen. Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848-1948. Prag.
- BLUMENWITZ, Dieter (2002): Mit den Beneš-Dekreten nach Europa? In: Politische Studien, 53, 09-10/2002, 71-81.
- PITHART, Petr/PŘÍHODA, Petr (1999): Die abgeschobene Geschichte: ein politisch-historisches Lesebuch. München.
- HAVEL, Václav (2002²): Beneš und das „tschechische Dilemma“. Das Drama eines europäischen Politikers. In: Coudenhove-Kalergi, Barbara/Rathkolb, Oliver (Hg.): Die Beneš-Dekrete. Wien, 33-37.
- HOUŽVIČKA, Václav u.a. (1997): Die Betrachtung der sudetendeutschen Frage und die Haltung der Bevölkerung im tschechischen Grenzgebiet gegenüber Deutschland. Aussig a.d. Elbe.
- Houžvička, Václav (2000): Historická dimenze vztahů Čechů a Němců [Die historische Dimension der Beziehungen von Tschechen und Deutschen]. In: ZICH, František u.a. (2000): Vytváření přeshraničního společenství na česko-německé hranici [Die Bildung einer grenzüberschreitenden Gesellschaft an der deutsch-tschechischen Grenze]. Ústí nad Labem, 137-153.

Fluter, Nr. 7, Juli 2003 (hg. von der BpB)
Lidové noviny (LN)
Neue Züricher Zeitung (NZZ)

Verzeichnis der Graphiken und Tabellen

Graf 1: Die Bewertung des gegenwärtigen Stands der deutsch-tschechischen Beziehungen
Graf 2: Versöhnung der Tschechen und Deutschen (2001) (in%)

Tab. 1: Die Beneš-Dekrete nach der Umfrage von 2001

Tab. 2: Die Meinungsentwicklung in der Frage der Beneš-Dekrete (1994, 1999 und 2001) (in %)

Tab. 3: Ansichten über die Vertreibung der Sudetendeutschen

Tab. 4: Meinungen zur Vertreibung (Abschub) im Grenzgebiet (in%)

Tab. 5: Faktoren der Versöhnung im Jahre 2001 (in%)

Lukáš Novotný, M.A.

Studium an den Universitäten in Pilsen und Bayreuth, 2001-2003 Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung über die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik, seit 2003 Doktorand bei Prof. Dr. Eckhard Jesse zum Thema „Vergangenheitsdiskurse zwischen Deutschen und Tschechen“ sowie Mitarbeiter am Projekt des Centrums für angewandte Politikforschung „Historische Prägestempel in grenzregionalen Identitäten“ (<http://www.cap.uni-muenchen.de/identitaet/team/novotny.htm>).